

Chronologie

1. März / April*

1. März

Die Europäische Kommission entscheidet, dass Frankreich ein Strafgeld von 57 Millionen Euro zahlen muss, da es nicht wie vor gegen ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) zum Schutz junger Fische in der Hochseefischerei in der Biskaya verurteilt. Besonders betroffen sind die Fischer im Golf von Gascogne, denen von der Kommission vor allem der Fang junger Seehechte vorgeworfen wird.

Im Streit zwischen den niedergelassenen Ärzten und der staatlichen Krankenversicherung über eine Anhebung der Honorare erzielen die Ärztenverbände einen Erfolg. Das Honorar für eine Untersuchung beim Allgemeinmediziner wird ab 1. August von 20 auf 21 Euro angehoben. Zugleich verpflichtet die gesetzliche Krankenversicherung darauf, die Zahlung der Honorare an weitere Sparverpflichtungen der Ärzte zu binden. Die Ärzte hatten in den Verhandlungen darauf hingewiesen, im Jahr 2005 bereits Einsparungen im Umfang von 720 Millionen Euro erzielt zu haben.

3. März Staatspräsident Jacques Chirac hält sich zu einem Staatsbesuch in Saudi-Arabien auf. Der Besuch soll im Wesentlichen dazu dienen, die kulturellen und Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern zu verbessern. Chirac hält als erster französischer Staatschef eine Rede vor der Majlis al-Shura, einem vom saudischen König ernannten beratenden Versammlungsausschuss, aus der sich im Zuge des von König Abdallah begonnenen Reformprozesses ein Parlament entwickeln soll. Chirac fordert beide Länder dazu auf, gemeinsam gegen Fanatismen vorzugehen, um einen „Schock der Kulturen“ zu vermeiden. Wenige Wochen vor dem Besuch waren in einer dänischen Zeitung islamisierende Karikaturen abgedruckt worden, kurz darauf auch in der französischen Zeitung *France Soir*. Die Karikaturen waren. Der Chefredakteur von *France Soir*, Jacques Lecoq, war kurz darauf entlassen worden.

5.3. Die Regierung des französischen Überseegebietes La Réunion teilt mit, dass zum ersten Mal ein Todesfall auf der Insel zweifelsfrei mit dem Virus „Chikungunya“ in Verbindung gebracht werden kann. Von der im März 2005 auf der Insel ausgebrochenen Epidemie waren bisher 186 000 Personen betroffen gewesen, seit Ende Dezember 2005 waren 93 Menschen wahrscheinlich infolge einer Ansteckung durch das Virus gestorben. Gegen das Virus, das durch Mückenstiche auf den Menschen übertragen wird, gibt es weder einen Impfstoff noch eine wirksame Präventivbehandlung.

6.3. Der ehemalige Außenminister und Kommissar der Europäischen Union, Michel Barnier, erklärt in einem Interview mit der Zeitung „Le Figaro“, er werde den UMP-Vorsitzenden Nicolas Sarkozy im Fall von dessen Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2007 unterstützen. Danach gefragt, ob er den Sarkozy-Vorschlag eines Zusammenschlusses der sechs größten EU-Mitglieder (G6) für geeignet halte, die europäische Integration aus der Krise zu führen, weist er gleichwohl darauf hin, dass hierfür alle 25 Mitgliedstaaten gebraucht würden. Auch die kleinsten Länder könnten der Union einen Mehrwert verschaffen.

6.3. In Washington beginnt der Prozess gegen den Franzosen Zacarias Moussaoui, den einzigen Angeklagten in den Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York. Im Fall eines Schuldspruchs droht Moussaoui die Todesstrafe.

7.3. Anlässlich des Internationalen Tages der Frauen verkündet der UMP-Vorsitzende Nicolas Sarkozy, dass bei den französischen Parlamentswahlen im Jahr 2007 mindestens 30 Prozent der Kandidaten Frauen sein sollten. Seine eigene Partei hatte bei den letzten Wahlen im Jahr 2002 unter den Kandidaten nur einen Frauenanteil von 19,6 Prozent und deswegen eine Strafe von 4,2 Millionen Euro wegen Verstoßes gegen den Gleichheitsgrundsatz zahlen müssen.

8.3. Premierminister Dominique de Villepin ernennt Sophie Boissard zur Generaldirektorin des neuen Centre d'analyse stratégique (CAS). Mit einem Jahresbudget von 13 Millionen Euro ausgestattet ist das CAS die Nachfolgeeinrichtung des Commissariat général au Plan und wie sein Vorgänger direkt dem Premierminister unterstellt. Kern der neuen Ausrichtung des CAS sei es laut Boissard, die zu sehr auf rein innerfranzösische Belange ausgerichtete Arbeitsweise des „Plan“ zu öffnen. Ziel sei es, stärker als bisher die Ebene der europäischen Integration einzubeziehen.

9.3. In der Zeitung *Le Parisien* spricht sich der ehemalige französische Außenminister Hervé de Charette, der politisch Innenminister Sarkozy nahe steht, als erstes UMP-Mitglied öffentlich dafür aus, den Gesetzentwurf für den Ersteinstillungsvertrag (Contrat première embauche, CPE) zurückzuziehen. Viele Abgeordnete dächten wie er, mit Gewalt sei der CPE nicht durchzusetzen. Dies könne die UMP den Sieg bei den Präsidentschaftswahlen kosten.

9.3. Die Chirac-Biographie des Herausgebers des konservativen Wochenmagazins *Le Point*, Franz-Olivier Giesbert, erscheint. Unter dem Titel „La Tragédie du président“ legt der ehemals Dominique de Villepin nahe stehende Giesbert eine äußerst kritische Beurteilung des aktuellen Premierministers und der Periode des „chiraquisme“ zwischen 1986 und 2006 vor. Villepin sei ein „Meister der Verschleierung“. Auch andere Chirac nahe stehende Politiker werden deutlich kritisiert, allein der UMP-Vorsitzende Sarkozy wird weitgehend von der Kritik ausgenommen.

10.3. Der französische Kabarettist Dieudonné wird in erster Instanz wegen „Aufwiegelung zu Diskriminierung, Hass und Gewalt“ zu einer Strafe von 5 000 Euro verurteilt. Der Sohn einer Bretonin und eines Kameruners war wegen antisemitischer Aussprüche, die in einem Interview mit der Zeitung „Le Journal du Dimanche“ im Februar 2004 abgedruckt worden waren, angeklagt. Dort hatte er Juden unter anderem als „ungeschulte Sklavenhändler“ bezeichnet.

11.3. Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie reist zur Amtseinführung der ersten Frau, die in Chile das Amt der Staatspräsidentin bekleidet, der Sozialistin Michelle Bachelet. Bereits während des chilenischen Wahlkampfes hatte die potenzielle sozialistische Kandidatin für die französischen Präsidentschaftswahlen, Ségolène Royal, Michelle Bachelot in Chile unterstützt. Auch Alliot-Marie schließt eine Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2007 nicht aus.

14.3. In Berlin findet der sechste deutsch-französische Ministerrat, erstmals unter Beteiligung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, statt. Merkel erklärt, Deutschland und Frankreich müssten weiterhin der Motor der europäischen Integration sein. Im Mittelpunkt stehen die beiden Themen der Integration und Chancengleichheit sowie Forschung und Innovation. Ferner werden zwei Abkommen über den Bau einer Eisenbahnbrücke über den Rhein, durch die die Netze der Hochgeschwindigkeitszüge ICE und TGV verbunden werden sollen, sowie zur Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit unterzeichnet.

18.3. Der französische Überseeminister François Baroin und der Präsident der Nationalversammlung, Jean-Louis Debré, begehnen in dem Übersee-Département La Réunion den 60. Jahrestag des Gesetzes, durch das dessen Status einer „Kolonie“ endgültig abgeschafft worden war.

21.3. Die Commission nationale consultative des droits de l'homme übergibt Premierminister de Villepin einen Bericht über Rassismus in Frankreich. Nach einer Umfrage, welche die Kommission im November 2005 durchgeführt hatte, bezeichnet sich jeder dritte Franzose als „Rassist“. Dies bedeute eine Zunahme um 25 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Diese Tendenz werde durch die Langzeitentwicklung bestärkt: Seien im Jahr 1993 noch 200 Taten mit rassistischem Hintergrund festgestellt worden, waren es mehr als 1 000 zu Beginn dieses Jahrtausends.

21.3. In amerikanischen Archiven werden Akten freigegeben, die belegen, dass US-Spione über Jahrzehnte die Entwicklung der militärischen Nukleartechnologie Frankreichs beobachtet haben. Seit 1946 und bis in die 1990er Jahre hinein hat die CIA zu diesem Zweck Satelliten, U2-Flugzeuge und Kriegsschiffe eingesetzt.

24.3. Erstmals im Verlauf des Konflikts um den Ersteinstillungsvertrag CPE empfängt Premierminister de Villepin die Vertreter der fünf wichtigsten Gewerkschaften. Das Gespräch bleibt ohne konkrete Ergebnisse.

24.3. Auf dem Treffen des Europäischen Rats betont Staatspräsident Chirac, dass Frankreich auch künftige Erweiterungsrunden der Europäischen Union unterstütze. Bedingung sei allerdings, dass das vierte Kopenhagener Kriterium zur Aufnahmekapazität der EU angewandt werden müsse. Es komme darauf an, dass den Sorgen der Bürger vor einer grenzenlosen Erweiterung Rechnung getragen werde. Auf dem Gipfel sorgt

Chirac für Aufregung, als er wegen einer in englischer Sprache gehaltenen Rede des französischen Vorsitzenden des europäischen Arbeitgeberverbandes Unice, Ernest-Antoine Seillière, gemeinsam mit Außenminister Philippe Douste-Blazy und Wirtschaftsminister Thierry Breton aus Protest den Sitzungssaal verlässt.

24.3. Das internationale Meinungsforschungsunternehmen GlobalScan veröffentlicht das Ergebnis einer Umfrage über die Einstellung der Bevölkerungen in zahlreichen Ländern zur freien Marktwirtschaft. Von den 20 untersuchten Ländern steht die französische Bevölkerung dem Marktmodell am negativsten gegenüber: 50 Prozent der befragten Franzosen erklären sich als „nicht einverstanden“ damit (Deutschland: 32 Prozent, USA: 24 Prozent), 36 Prozent unterstützen es.

26.3. Angesichts der Versuche der französischen Regierung, die Übernahme des französischen Energieunternehmens Suez durch den italienischen Konzern Enel zu verhindern, wirft der italienische Industrieminister Claudio Scajola Frankreich einen Rückfall „in die Zeiten de Gaulles“ vor. Die französische Haltung verhindere die Schaffung eines wirklichen Binnenmarkts in der Europäischen Union.

27.3. Die Autoren einer vom französischen Wirtschaftsministerium in Auftrag gegebenen Studie kommen zu dem Ergebnis, dass 80 Prozent der Franzosen dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb positiv gegenüber stehen. Zwei Drittel davon begründen dies damit, dass sie glauben, dass Wettbewerb zu sinkenden Preisen beitrage. Nur sieben Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass Wettbewerb auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen kann.

28.3. In Frankreich demonstrieren landesweit erstmals mehr als eine Million Menschen gegen den so genannten Ersteinstellungsvertrag CPE. Die Gewerkschaften gehen von über drei Millionen Demonstranten aus. Die Demonstrationen gegen den CPE gelten inzwischen als die größte Massenprotestbewegung in Frankreich seit 30 Jahren.

30.3. Der Verfassungsrat, der von mehreren sozialistischen Abgeordneten angerufen worden war, kommt zu dem Schluss, dass der Gesetzentwurf über den Ersteinstellungsvertrag CPE verfassungskonform sei. Damit steht einer Unterzeichnung des Gesetzes durch Staatspräsident Chirac aus juristischer Sicht nichts mehr im Weg.

31.3. In einer Fernsehansprache kündigt Staatspräsident Chirac an, das Gesetz über den Ersteinstellungsvertrag CPE zu unterzeichnen. Wegen der „Besorgnisse bei zahlreichen Jugendlichen“ beauftragt er die Regierung, unverzüglich zwei Änderungen des Gesetzes vorzubereiten. Zum einen soll die zweijährige Probezeit, während der Arbeitnehmern unter 26 Jahren gekündigt werden kann, auf ein Jahr verkürzt werden. Zum anderen sollen die Arbeitgeber verpflichtet werden, Kündigungen zu begründen. Bis diese Gesetzesnovelle in Kraft tritt, sollten sich die Sozialpartner und Studentenorganisationen verantwortungsbewusst verhalten. Dies wird allgemein als Aufruf an die Arbeitgeber interpretiert, das Gesetz vorläufig nicht anzuwenden.

31.3. Nach Angaben des nationalen Statistikinstituts INSEE ist das öffentliche Defizit im Jahr 2005 erstmals seit vier Jahren mit 2,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) unter der Marke von drei Prozent geblieben, die von den Mitgliedern der Eurozone verlangt wird. Der öffentliche Schuldenstand ist jedoch weiter gestiegen. Er belief sich mit 1,138 Billionen Euro auf 66,8 Prozent des BIP (2004: 64,4 Prozent) und lag damit deutlich über dem geforderten Wert von 60 Prozent.

April

2.4. Der französische Telekommunikationskonzern Alcatel gibt die Fusion mit seinem amerikanischen Konkurrenten Lucent Technologies bekannt. Nach der Fusion werden die Aktionäre von Alcatel 60 Prozent der Anteile des US-Unternehmens kontrollieren. Zur Begründung führen beide Konzerne die zunehmende Konzentration der Telekommunikationsfirmen auf dem US-Markt, das Drängen neuer chinesischer Konkurrenten auf den Weltmarkt und die schnelle technologische Entwicklung beim Zusammenschluss von Telefon, Internet und Fernsehen an.

4.4. In ganz Frankreich demonstrieren erneut über eine Million Menschen (nach Angaben der Gewerkschaften mehr als drei Millionen) gegen den CPE. Zugleich schlagen die Fraktionsvorsitzenden der UMP in der Nationalversammlung und dem Senat, Bernard Accoyer und Josselin de Rohan, den Gewerkschaften „breite und vorurteilsfreie Konsultationen“ über den Inhalt einer neuen Gesetzesinitiative vor.

4.4. Die Europäische Kommission versucht mit der Eröffnung mehrerer Vertragsverletzungsverfahren, gegen die aus ihrer Sicht zunehmende Abschottung mehrerer EU-Mitglied-

staaten gegen die Freiheiten des Binnenmarkts vorzugehen. Eines der wichtigsten Verfahren betrifft Frankreich, das im Dezember 2005 ein Dekret zum Schutz bestimmter Industriebranchen (vor allem der Verteidigungsindustrie) vor der Übernahme durch ausländische Unternehmen erlassen hatte. Danach müssen ausländische Investitionen aus Gründen der inneren und äußeren Sicherheit vom Finanzministerium genehmigt werden. Die beschlossenen Maßnahmen sind nach Ansicht der Kommission jedoch „unverhältnismäßig“ und daher mit EU-Recht nicht vereinbar.

5.4. General Alain de Boissieu, der Schwiegersohn Charles de Gaulles, stirbt im Alter von 91 Jahren. Boissieu hatte am 22. August 1962 im selben Auto wie de Gaulle gesessen und diesem das Leben gerettet, als ein Kommando der Organisation de l'armée secrète (OAS) ein Attentat auf den Präsidenten verübte. Fünf Monate zuvor war der Algerienkrieg beendet worden. Die OAS hatte während des Krieges für den Verbleib der französischen Kolonie beim Mutterland gekämpft.

7.4. *Le Figaro* veröffentlicht Auszüge eines Rundschreibens von Innenminister Sarkozy und des Ministers für Arbeit und soziale Kohäsion an die Präfekten zur Immigrationspolitik. Darin heißt es, dass die Politik der „Rückkehrhilfe“, die seit September 2005 in 21 Departements angewandt wird, auf das ganze Land ausgedehnt werden soll. Außerdem soll die bisher gezahlte Aufwandsentschädigung von 150 Euro in eine Prämie von 2 000 Euro für jeden Erwachsenen (500 Euro für jedes Kind) umgewandelt werden. Die Auswahlkriterien sollen flexibler gehandhabt und etwa auch auf abgewiesene Asylbewerber ausgedehnt werden, die aus so genannten sicheren Einwanderungsländern nach Frankreich immigriert sind.

7.4. Der britische Rüstungskonzern BAE Systems teilt mit, dass er mit dem deutsch-französischen Konzern EADS über einen Verkauf seines 20-Prozent-Anteils an Airbus verhandelt. EADS wäre dann alleiniger Eigentümer von Airbus. BAE Systems will sich nach Angaben des Vorstandschefs Mike Turner auf die „transatlantische Verteidigungs-, Luft- und Raumfahrtstrategie konzentrieren“.

10.4. Staatspräsident Chirac und Premierminister de Villepin kündigen an, dass Artikel 8 des Gleichstellungsgesetzes über den CPE durch Maßnahmen zur Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt „ersetzt“ werden solle. Vorgehen ist eine bessere finanzielle Ausstattung von bereits existierenden, staatlich subventionierten Arbeitsverträgen, die den Arbeitgebern Anreize für Neueinstellungen geben sollen. Da-

für will die Regierung im Jahr 2006 150 Millionen Euro zusätzlich ausgeben, 2007 sollten 300 Millionen Euro investiert werden. Die Zielgruppe der Verträge sind – wie beim CPE – Jugendliche unter 26 Jahren; am bestehenden Kündigungsschutz soll jedoch nichts verändert werden.

10.4. Anlässlich eines Besuchs von Außenminister Douste-Blazy in Algier erklärt der algerische Außenminister, dass die „objektiven und subjektiven Bedingungen für die Unterzeichnung eines französisch-algerischen Freundschaftsvertrags zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ausreichend günstig“ seien. Die Idee für den Vertrag, der nach dem Vorbild des Elysée-Vertrages gestaltet sein soll, war im Februar 2003 von Staatspräsident Chirac lanciert worden und hatte seitdem als eines der wichtigsten außenpolitischen Ziele während Chiracs zweiter Amtszeit gegolten. Im Zuge der Debatte über das inzwischen zurückgezogene französische Gesetz zur „positiven Rolle der französischen Präsenz in Übersee“ hatte sich der algerische Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika zunehmend von dem Projekt distanziert.

11.4. Die Vorsitzende des französischen Arbeitgeberverbandes Medef, Laurence Parisot, kündigt an, mit den Gewerkschaften einen direkten Dialog beginnen zu wollen, um gemeinsame Konsequenzen aus der CPE-Debatte zu ziehen.

11.4. Jean-Jacques Aillagon, Präsident des frankophonen Auslandssenders TV5 und ehemaliger Kulturminister, tritt von seinem Posten zurück und wird umgehend vom Franzosen François Bonnemain ersetzt. Aillagon hatte seit längerem die Zersplitterung der audiovisuellen Auslandspräsenz Frankreichs kritisiert und sich für eine deutlich Erhöhung des Budgets von TV5 eingesetzt. Ferner hatte er sich gegen die Gründung des neuen französischen Auslandsnachrichtensenders CFII ausgesprochen.

12.4. Frankreich verstärkt seine im Tschad stationierten Truppen um 150 Mann. Zur Begründung führt das Verteidigungsministerium an, Aufgabe der Truppen sei es zum einen, für die mögliche Evakuierung der 800 bis 1 500 französischen Zivilisten im Tschad bereit zu stehen, und zum anderen, die Armee des Tschad mit Mirage F1-Flugzeugen bei Aufklärungsmissionen zu unterstützen. Seit Monaten ist das von Frankreich unterstützte Regime des Präsidenten Idriss Déby in Kämpfe mit Rebellen verwickelt.

12.4. Zwei Umfragen ergeben, dass die Präsidentin der Region Poitou-Charentes, Ségolène Royal (PS), die gegenwärtig

aussichtsreichste Kandidatin der Sozialisten für das Amt des Staatspräsidenten ist. Das Meinungsforschungsinstitut IPSOS sieht Royal im zweiten Wahlgang bei 51 Prozent gegenüber einem möglichen Gegenkandidaten Nicolas Sarkozy (UMP). Die Umfrage des Instituts IFOP ergibt bei der gleichen Konstellation sogar 52 Prozent für Royal.

12.4. Das Erziehungsministerium will 50 000 neue Stellen in den Schulen schaffen. Hierfür soll das Instrument der „Contrats d'avenir“ eingesetzt werden, die auf eine Initiative des Ministers für sozialen Zusammenhalt, Jean-Louis Borloo, zurückgehen. Es sieht eine Kostenaufteilung von zehn Prozent für das Erziehungsministerium und 90 Prozent für das Ministerium für sozialen Zusammenhalt vor. Es sollen Personen eingestellt werden, die auf dem Arbeitsmarkt schwer vermittelbar sind. Für die Halbtagsstellen ist eine Bezahlung nach dem gesetzlichen Mindestlohn (Smic) vorgesehen.

13.4. Die staatliche französische Marinewerft Direction des Constructions Navales (DCN) schlägt vor, den außer Dienst gestellten Flugzeugträger „Clémenceau“ im Verbund mit anderen Unternehmen von Schadstoffen wie Asbest zu reinigen, auseinanderzunehmen und zu recyceln. Die mit Asbest und anderen Schadstoffen verunreinigte „Clémenceau“ sollte zunächst in Indien verschrottet werden. Nach heftigen Protesten von Umweltschutzorganisationen hatte Staatspräsident Chirac entschieden, das Schiff nach Frankreich zurückzuholen.

15.4. In Cherbourg demonstrieren 30 000 Personen gegen die in den nächsten Wochen erwartete Entscheidung des staatlichen Energieunternehmens Electricité de France (EDF) über den Bau eines Nuklearreaktors der so genannten dritten Generation „EPR“ (European Pressurized Watercooled Reactor) in Flamanville (Manche). Nach den Plänen der Konstrukteure, des deutsch-französischen Konsortiums Nuclear Power International, bestehend aus Siemens und Framatome, könnte der Reaktor im Jahr 2012 ans Netz gehen.

18.4. Außenminister Douste-Blazy und Haushaltsminister Jean-François Copé unterzeichnen eine Übereinkunft zur „Modernisierung“ des französischen Außenministeriums. Der Dreijahresplan sieht eine Reihe struktureller Reformen vor, unter anderem die Straffung der Konsulatsarbeit vor allem durch eine verstärkte Nutzung des Internet, aber auch die Schließung von sieben der insgesamt 37 kulturellen Einrichtungen, die vom Ministerium weltweit finanziert werden.

18.4. Philippe de Villiers, Präsident der nationalkonservativen Partei Mouvement pour la France (MPF), lehnt einen Vorschlag des Präsidenten des rechtsextremen Front National (FN), Jean-Marie Le Pen, ab, der vorgeschlagen hatte, dass MPF und FN bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2007 mit einem einzigen Kandidaten antreten sollten. Angesichts des Ergebnisses der letzten Präsidentschaftswahlen hätte, aus Sicht Le Pens, nur er selbst dieser Kandidat sein können.

20.4. Staatspräsident Chirac reist zu einem Staatsbesuch nach Ägypten. Neben der Anbahnung künftiger Vertragsabschlüsse französischer Unternehmen geht es bei dem Besuch um die Einweihung der französischen Universität in Kairo.

21.4. Innenminister Sarkozy unternimmt in Begleitung von Verkehrsminister Dominique Perben eine demonstrative Stippvisite auf dem Flughafen Charles de Gaulle von Paris. Kurz zuvor hatte der Präsident des MPF, Philippe de Villiers, behauptet, der Flughafen sei aufgrund einer zu laxen Beschäftigungspolitik ein „Islamistennest“. Sarkozy erklärt, dass die Zugangsbestimmungen zu den Sicherheitsbereichen des Flughafens verschärft worden seien. So hätten zum Beispiel Leiharbeiternehmer zu diesen Bereichen keinen Zugang.

24.4. Der arabische Fernsehsender Al Dschazira gibt bekannt, dass er über ein Tonband des Al Quaida-Chefs Osama Bin Laden verfügt, auf dem dieser Frankreich wegen des Verbots attackiert, religiöse Symbole an Schulen öffentlich zu tragen.

25.4. Die im Vorjahr auf Anregung der so genannten „Beffa-Kommission“ gegründete Agence de l'innovation industrielle (AII) legt fünf Projekte vor, die aus ihrem Innovationsfonds von zwei Milliarden Euro gefördert werden sollen: das tragbare Fernsehen, die Informationstechnologie, PKWs mit Hybridantrieb, Projekte der Biotechnologie, Gebäude mit besonderer Energiespartechnik. Ziel ist es, qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen und Unternehmensverlagerungen ins Ausland zu verhindern.

28.4. Nach einem Gespräch mit dem palästinensischen Präsidenten Abbas spricht sich Staatspräsident Chirac für eine Wiederaufnahme der EU-Finanzhilfen an die Palästinenser aus. Dies sei „aus menschlichen und politischen Gründen“ geboten. Dafür schlägt er vor, einen Weltbankfonds für die 160 000 palästinensischen Staatsbediensteten einzurichten, um bei den Zahlungen die Hamas-Regierung umgehen zu können.